



Ausgabe 12

15. März 2011

## Inhalt >>>

- > Bürgerkrieg in Libyen stoppen  
**Wolfgang Kreissl-Dörfler** 1
- > Vergaberecht A bis Z  
**Kerstin Westphal** 2
- > Die verpuffte Wolke  
**Ismail Ertug** 2
- > Türkei-Fortschrittsbericht  
**Wolfgang Kreissl-Dörfler** 2
- > Frauen: „Wir steigern das  
Bruttosozialprodukt“  
**Kerstin Westphal** 3
- > Warum Europa die Finanztrans-  
aktionssteuer braucht  
**Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3
- > Europas Proteindefizit  
**Ismail Ertug** 4
- > Zur Info: INTERREG 2
- >>> **Service**
- > Kontakt 4

## Bürgerkrieg in Libyen stoppen

von **Wolfgang Kreissl-Dörfler**

Am 10.3.2011 hat das Europäische Parlament einen gemeinsamen [Entschließungsantrag](#) über die Lage in Libyen verabschiedet. Zuvor verurteilten die Europaabgeordneten während einer Schwerpunktdebatte im Plenum das gewaltsame Vorgehen Gaddafis gegen die libyschen Rebellen und die Zivilbevölkerung.

### **Dramatische Situation für Flüchtlinge**

Die aktuelle Situation in Libyen ist besorgniserregend. Mit den Luftangriffen gegen die libysche Bevölkerung und den Einsatz von Söldnern zeigt sich die wahre Brutalität des Diktators Gaddafi. Insbesondere die humanitäre Situation in Libyen ist dramatisch, und es ist dringend notwendig, dass wir den Flüchtlingen helfen, die zu Hunderttausenden an den Grenzen zu Tunesien und Ägypten feststecken. Zu den Migranten aus Subsahara-Afrika, die versuchen, über Libyen nach Europa zu gelangen, kommen nun nordafrikanische Gastarbeiter hinzu, die aus Libyen vor dem Bürgerkrieg flüchten.

### **Weiteres Handeln unerlässlich**

Um die Libyer vor einem länger andauernden Bürgerkrieg zu bewahren, müssen wir entschlossen handeln. Vor allem der Zugang des Gaddafi-Regimes zu den Ölmillionen muss sofort unterbunden werden, damit möglichst keine weiteren Waffen erworben werden können. Wir als sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament sind auch der Meinung, dass eine Flugverbotszone in Erwägung gezogen werden sollte, um weitere Luftangriffe gegen die libysche Zivilbevölkerung zu verhindern. Dies darf allerdings nur im Rahmen des UN-Sicherheitsrates und in enger Abstimmung mit der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union geschehen. Nachdem nun auch die Arabische Liga eine Flugverbotszone fordert, könnten die im UN-Sicherheitsrat vertretenen EU-Staaten ihr Gewicht nutzen, um Länder wie Russland und China zu einer gemeinsamen Position zu bewegen.

### **"Marshall-Plan" für Wiederaufbau**

Im Augenblick steht im Vordergrund, dass wir den notleidenden Menschen in Libyen und den weiteren betroffenen Ländern Nordafrikas rasch und entschlossen helfen und dem Gaddafi-Regime Einhalt gebieten. Doch wir müssen auch bereits an die Zeit danach denken. Wir Sozialdemokraten fordern einen "Marshall-Plan" mit Freihandelszone für die betroffene Region, um wirtschaftlichen Wiederaufbau und Modernisierung zu unterstützen. Hier sollten sich die EU-Mitgliedstaaten großzügig zeigen, denn von unserer europäischen Unterstützung hängt auch ab, ob die Demokratisierung im Mittelmeerraum gelingt oder ob enttäuschte junge Nordafrikaner weiterhin massenhaft nach Europa flüchten. Wir müssen den Menschen in den betroffenen Ländern eine langfristige Perspektive für Frieden, Wohlstand und Demokratie anbieten.

### **Reform der Asyl- und Migrationspolitik**

Mittelfristig ist eine Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik unausweichlich, wie von uns Sozialdemokraten schon lange gefordert. Wir müssen auf die eventuelle Ankunft von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU vorbereitet sein. Für uns SPD-Abgeordnete ist klar, dass wir langfristig eine koordinierte Strategie brauchen, um die Ursachen der Migration zu bekämpfen. Unsere Verantwortung dürfen wir nicht allein auf die schon überlasteten Länder an den EU-Außengrenzen abschieben, sondern wir müssen die Flüchtlingsfrage solidarisch angehen.

## O-Ton

**„Japan hat die volle Solidarität Europas. Die Europäische Union muss so rasch wie möglich alle logistischen und finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.“**

**Martin Schulz, in der Rheinischen Post vom 12. März 2011 zur Katastrophe in Japan**

## Vergaberecht A bis Z

Interview mit Kerstin Westphal



**Die Kommission hat aktuell ein Grünbuch über die Modernisierung des Vergaberechts vorgelegt. Worauf zielen die 114 Fragen in sechs Kapiteln ab?**

Mit dem Grünbuch wird ein Konsultationsverfahren eingeleitet, d.h. interessierte Kreise können dazu Stellung nehmen. Da das Vergaberecht benutzerfreundlicher werden soll, ist die Meinung der Praxis, sprich der Benutzer, besonders wichtig.

**Dieses Grünbuch und die danach anstehenden möglichen Änderungen des Vergaberechts genießen nicht nur in der Fachwelt eine hohe Aufmerksamkeit. Warum?**

Das öffentliche Beschaffungswesen, das sich des Vergaberechts bedient, hat einen Anteil von 19% am BIP der Europäischen Union. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- sowie den Haushaltskrisen der Mitgliedstaaten kommt ihm zusätzliche Aufmerksamkeit zu. Ein schlankeres und flexibleres Vergaberecht könnte den Kommunen mit angespannter Haushaltslage wieder mehr Handlungsmöglichkeit geben.

**Was müsste sich denn ändern?**

Für kleine Kommunen bedeuten Vergabeverfahren zum Teil hohe Verwaltungs- und Kostenlasten. Nicht selten muss wegen der Kompliziertheit und personellem Engpass externer teurer Rechtsverständ eingeholt werden. Aber auch Bewerber wie regionale kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich, gleichwohl sie den Auftrag fachlich korrekt ausführen könnten, bei einem bestimmten Auftragsvolumen, mit einem für sie nicht zu bewältigenden Regelwerk konfrontiert. Wir brauchen einen einfacheren und flexibleren Verfahrensrahmen.

**Gibt es neben diesen Baustellen und Hausaufgaben noch weitere Anforderungen an ein neues Vergaberecht?**

Um die beiden genannten Krisen zu bekämpfen müssen wir die europäische Binnennachfrage ankurbeln - hier kann auch das Vergaberecht durch ein einfacheres Verfahren helfen. Überlegungen der Kommission gehen zudem dahin, ob mittels des Vergaberechts auch andere gesellschaftliche Aufgaben gemeistert werden können, z.B. Korruptionsbekämpfung, sog. vergabefremde Kriterien. Ich finde diesen Ansatz interessant, frage mich aber, wie die Praxis darauf reagieren wird. Das [Konsultationsverfahren läuft noch bis zum 18. April 2011](#).

## Die verpuffte Wolke



Eyjafjallajökull hat im April letzten Jahres den europäischen Flugverkehr lahm gelegt. Diejenigen von uns, die es nach Straßburg geschafft hatten, führten eine hilflose Debatte. Wie gehen wir mit Großkatastrophen um? Mit den betroffenen Menschen und anschließend mit dem wirtschaftlichen Schaden? Ein Vorschlag der Kommission ist auch ein halbes Jahr später nicht in Sicht. Wir Sozialdemokraten plädieren für eine koordinierende Behörde, die beispielsweise Testflüge

organisiert, relevante Informationen verdichtet und so Schlagkraft und Entscheidungen ermöglicht.

Wir treten für ein ausbalanciertes Verkehrssystem ein: die Schiene muss als Personen- und Güterverkehrsträger effizienter werden, dafür brauchen wir weit mehr Investitionen der Mitgliedstaaten als bisher und eine deutliche Priorisierung.

Was uns auf europäischem Boden durch Schengen bereits gelungen ist, müssen wir auch in der Luft umsetzen: Wir brauchen einen gemeinsamen europäischen Luftraum, der zentral kontrolliert werden kann. Für den Schadensfall brauchen wir eine aktualisierte und verbraucherfreundlichere Verordnung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste. Die Aschewolke ist verpufft. Doch Unfälle wie der in Fukushima alarmieren. Wir müssen die Weichen für schlagkräftiges Krisenmanagement jetzt stellen. **IE**

## Zur Info >>>

### INTERREG

Mit dem INTERREG-Programm (seit 2007: INTERREG IV) fördert die EU die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit. INTERREG IV ist zu einem eigenständigen Förderziel der "territorialen Zusammenarbeit" erhoben worden. Dabei fördert Interreg IV-A die grenzübergreifende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete, um einen gemeinsamen Lebens-, Natur- und Wirtschaftsraum zu schaffen. Interreg IV-B unterstützt die transnationale

Zusammenarbeit in europäischen Kooperationsräumen insbesondere zur verbesserten Integration der neuen EU-Staaten und von Drittländern. Und mit Interreg IV-C wird die interregionale Zusammenarbeit gefördert mit dem Ziel, in Regionen mit Entwicklungsrückstand oder Umbrüchen Netzwerke aufzubauen. Bayern ist an sieben [Interreg-IV-Programmen](#) beteiligt, beispielsweise an dem Programm "Bayern-Tschechien" für das in der aktuellen Förderperiode 115 Millionen € bereitstehen, oder dem Programm "Bayern-Österreich" - 54 Millionen €. Verwaltet werden die Programme vom bayerischen Wirtschaftsministerium.

## Türkei-Fortschrittsbericht

### Wichtige Erfolge der Türkei

Die Türkei hat wichtige Erfolge bei ihren Bemühungen um einen EU-Beitritt erzielt – zentrale Reformen in dem Land stehen aber noch aus. So lautet die Kernbotschaft in der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zum Fortschrittsbericht der Türkei, die die Europaabgeordneten am 9. März in Straßburg mehrheitlich angenommen haben.

### S&D-Fraktion begrüßt Fortschritte

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen klar und deutlich die erzielten Fortschritte, die in der Türkei gemacht wurden, vor allem die Verfassungsänderung, Novellierungen im Justizsystem, die Stärkung der Rechte der Frauen, die Bemühungen um einen intensiven Dialog mit verschiedenen Glaubensgemeinschaften und die außenpolitische Rolle der Türkei im Nahen Osten sowie das enorme Wirtschaftswachstum des Landes.

### Keine privilegierte Partnerschaft

Nach wie vor ist für uns das Ziel der Verhandlungen ein EU-Beitritt und keine sogenannte "privilegierte Partnerschaft".

### Engagement der Türkei notwendig

Allerdings erwarten wir von der Türkei ein dauerhaftes Engagement, Reformen durchzuführen, um die Demokratisierung des Landes voranzubringen und schließlich die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass das Ankara-Zusatzprotokoll uneingeschränkt umgesetzt und Zypern als Staat und Mitgliedstaat der Europäischen Union anerkannt wird.

Weiterhin müssen die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit vollständig garantiert werden. Dringende Verbesserungen sind u.a. auch beim Schutz von Minderheiten sowie im Umwelt- und Sozialbereich notwendig, damit in Zukunft europäische Standards erreicht werden können. **WKD**

## Frauen: „Wir steigern das Bruttosozialprodukt“



# 1911 FRAUENTAG 2011



Das Europäische Parlament war sich bei der Feierstunde zum 100. Internationalen Frauentag sehr einig: wir brauchen mehr Frauen! Wir wollen mehr Frauen in Erwerbsarbeit, wir wollen mehr Frauen in den Führungsetagen der privaten Wirtschaft, des öffentlichen Dienstes und auch in den Parlamenten. Wir wollen mehr Frauen, weil es dann der ganzen Gesellschaft besser geht.

### Parlament hat zu wenige Frauen

Gleich zu Beginn hat Parlamentspräsident Jerzy Buzek festgestellt: "Es gibt zu wenige Frauen im EP, 35 Prozent, das ist nicht genug, auch wenn dies etwas mehr ist als in nationalen Parlamenten." Das muss sich endlich ändern. Wir als Europaabgeordnete haben eine Resolution verabschiedet, um die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern voranzubringen. Darin heißt es, dass sich das Bruttosozialprodukt um 30 Prozent steigern ließe, wenn Frauen die gleiche Produktivität, Erwerbsquote, Teilzeitquote

etc. wie Männer hätten. Aber genau darin liegt das Problem.

### Frauenpolitik und Familienpolitik

Die Frauenerwerbsquote ist in ganz Europa, aber vor allem in Deutschland, zu gering. Deshalb fordern wir den dringend nötigen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. Wir wollen, wie es seit Langem Forderung der SPD und AsF ist, dass Frauen endlich Familie und Beruf vereinbaren können.

### Pflege und Beruf vereinbaren

Dazu gehört auch, dass Pflege und Beruf für alle vereinbar sind. Das Parlament geht in seinen Resolutionen und Berichten – übrigens im Gegensatz zur Bundesregierung – viel weiter. Denn wir machen Frauenpolitik und nicht nur Familienpolitik. Das Parlament fordert verbindliche Vorgaben zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern in der Politik. Des

Weiteren müssen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zusätzliche Anstrengungen unternommen werden.

### Angela Merkel gegen Frauenquoten

Deutschland und Bayern haben aus Brüssel und Straßburg schon viele blaue Briefe wegen ihrer mangelnden Gleichstellungspolitik bekommen. Angela Merkel hat die Diskussion über die Einführung einer Frauenquote – auch wenn die Vorlage noch so mangelhaft war – vom Tisch gewischt. Gemeinsam werden das Europäische Parlament, die Kommission, die SPD-regierten Bundesländer und die Bundestagsfraktion die Einführung einer Frauenquote fordern.

Wir wollen, dass Deutschland nicht mehr Schlusslicht im Bezug auf Gleichstellungspolitik in Europa ist. Wir wollen, dass der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort ab dem ersten Tag“ endlich in ganz Europa Realität wird. **KW**

## Warum Europa die Finanztransaktionssteuer braucht

**REGULATE GLOBAL FINANCE NOW!**  Einem Fehlschlag kann sich Europa derzeit nicht leisten. In Folge der Finanzmarktkrise sind die Staatsausgaben aus dem Ruder gelaufen.

Nun ringen die EU-Mitgliedstaaten darum, die Schulden in den Griff zu bekommen. Die Hauptlast dabei tragen nach wie vor die Steuerzahler. Sie mussten einspringen, um die Banken vor dem Kollaps zu bewahren. Sie sehen sich mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Sozialkürzungen konfrontiert. Sie müssen für die Stabilität der Eurozone bürgen.

Die eigentlichen Verursacher der Krise jedoch, die Spekulanten und Zocker an den Finanzmärkten, sind bisher weitgehend ungeschoren davongekommen.

### Europäisches Parlament stimmt für Finanztransaktionssteuer

In einer bis zum Schluss hart umkämpften Abstimmung hat das EU-Parlament auf Initiative unserer sozialdemokratischen Fraktion am 8.3.2011 einen [Änderungsantrag](#) zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer angenommen. Darunter fallen etwa Termingeschäfte, Aktienkäufe oder der Handel mit ausländischen Währungen. Experten empfehlen, spekulative Transaktionen mit einem Steuersatz von 0,05 Prozent zu belegen. Für normale Verbraucher fallen 5 Cent bei einer Anlage von 100 Euro nicht ins Gewicht. Finanzjongleure hingegen, die täglich Milliarden Euro um den Globus schieben und nur auf schnelle Gewinne aus sind, würden zur Kasse gebeten. Dies gilt insbesondere für den automatisierten Handel mit

Wertpapieren, bei dem Computerprogramme binnen Bruchteilen von Sekunden Entscheidungen über Käufe oder Verkäufe in riesigem Umfang treffen. Mit der realen Wirtschaft haben derartige Geschäfte schon lange nichts mehr zu tun.

### Spekulanten an Kosten der Krise beteiligen

Im Gegensatz zu vielen anderen Finanzinstrumenten vereint die Transaktionssteuer mehrere positive Effekte. Zum einen verteuert sie schädliche Spekulationen, die ein Hauptauslöser der Krise waren. Gleichzeitig werden Investitionen in die reale Wirtschaft attraktiver. Zum dritten könnte die Steuer allein in Europa zusätzliche Einnahmen von bis zu 200 Milliarden Euro pro Jahr generieren. Geld, das angesichts der prekären

(Fortsetzung von Seite 3) Haushaltslage und drohender Kürzungen im Sozial- und Entwicklungsbereich dringend gebraucht wird.

Bei der Einführung der Transaktionssteuer geht es nicht darum, den Finanzsektor über Gebühr zu schröpfen. Dazu wäre eine Steuer in Höhe von 0,05 Prozent wohl auch kaum in der Lage.

Vielmehr muss Europa zeigen, dass es Lehren aus der Krise zieht, indem es die Verursacher an der Beseitigung der Schäden beteiligt. Außerdem muss alles daran gesetzt werden, eine Wiederholung der Krise zu verhindern. Wettbewerbsverzerrungen sind nicht zu befürchten. Kein Investor kann es sich leisten, wegen 0,05 Prozent einen Bogen um den größten Finanzmarkt der Welt zu machen.

**Europäische Kommission am Zug**

Mit unserem Bericht ist die bisher zögerliche EU-Kommission klar aufgefordert, endlich aktiv zu werden. Zur Not auch im Alleingang; denn auf globaler Ebene gibt es bei der Besteuerung spekulativer Finanztransaktionen bisher keinen nennenswerten Fortschritt. Gegner der Transaktionssteuer nutzen den globalen Stillstand in dieser Frage immer wieder als Ausrede für die eigene Untätigkeit. Europa darf sich jedoch nicht länger hinter den G 20 verstecken, sondern muss eine Vorreiterrolle einnehmen. Dies würde dem Vorhaben auch international neuen Schwung verleihen.

Deshalb ist für uns Europaabgeordnete klar: Europa braucht die Finanztransaktionssteuer! **WKD**



**Europas Proteindefizit**

Im Blairhouse-Abkommen 1992 beschlossen die USA und die Europäische Union, dass Europa seine Getreideproduktion durch Zölle schützen darf, dafür



jedoch den zollfreien Import von Eiweißpflanzen und Ölsaaten in die EU zulassen würde. Dies führte zum Rückgang der Produktion in Europa: nur dreißig Prozent der verbrauchten Pflanzen werden in Europa produziert, der Rest kommt aus Übersee.

Dadurch ist der politische Einfluss auf Qualität gesunken, gleichsam ist die Anfälligkeit der Lebensmittelproduktion für Preisschwankungen massiv gestiegen.

Um diesem Trend entgegen zu wirken, erarbeitete der Agrarausschuss einen Initiativbericht. Wir Sozialdemokraten plädierten vor allem für Investitionen in Forschung, um die Zucht von Proteinpflanzen in Europa wiederzubeleben.

Wir haben ebenso dafür plädiert, in den Agrarumweltmaßnahmen der GAP Programme zur Förderung des Anbaus vorzusehen und für Landwirte Informationen und Beratung anzubieten. **IE**

**Wir versuchen kontinuierlich unseren Service zu erweitern. Besucht uns daher auf unserer neuen Homepage: <http://bayernspd.de/partei/europa/>**

<p><b>Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD)</b></p> <p><b>Europäisches Parlament</b> T.: +32 (0)228 47 110 <a href="mailto:wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu">wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu</a> Ansprechpartnerinnen: Nadja Pohlmann und Maria D'Amico</p>	<p><b>Kerstin Westphal, MdEP* (KW)</b></p> <p><b>Europäisches Parlament</b> T.: +32 (0)228 47 534 <a href="mailto:kerstin.westphal@europarl.europa.eu">kerstin.westphal@europarl.europa.eu</a> Ansprechpartner: Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg</p>	<p><b>Ismail Ertug, MdEP*(IE)</b></p> <p><b>Europäisches Parlament</b> T.: +32 (0)228 47 547 <a href="mailto:ismail.ertug@europarl.europa.eu">ismail.ertug@europarl.europa.eu</a> AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar, und Fatih Aydogan</p>
<p>Europabüro: Oberanger 38/IV 80331 München T.: 089 21 02 43 61 F.: 089 21 02 43 61 <a href="mailto:europa@kreissl-doerfler.de">europa@kreissl-doerfler.de</a></p>	<p>Europabüro: Kornmarkt 17 97421 Schweinfurt T.: 09721 715 716, F.: 09721 474 0884 <a href="mailto:eder@kerstin-westphal.de">eder@kerstin-westphal.de</a></p> <p>Semmelstr. 46R 97070 Würzburg T.: 0931 45 25 31 28 F.: 0931 45 25 31 29 <a href="mailto:augustin@kerstin-westphal.de">augustin@kerstin-westphal.de</a></p>	<p>Europabüro: Richard-Wagner-Str. 4 93055 Regensburg T.: 0941 29 79 98 73 F.: 0941 29 79 98 75 <a href="mailto:thorsten.kaestl@ertug.eu">thorsten.kaestl@ertug.eu</a></p> <p>Nördl. Stadtgraben 9 94469 Deggendorf T.: 0991 379 11 64 F.: 0991 379 11 63 <a href="mailto:katja.reitmaier@ertug.eu">katja.reitmaier@ertug.eu</a></p>
<p><a href="http://www.kreissl-doerfler.de">www.kreissl-doerfler.de</a> Ansprechpartnerin: Britta Besan Bürozeiten: Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr</p>	<p><a href="http://www.kerstin-westphal.de">www.kerstin-westphal.de</a> Ansprechpartnerinnen: Marietta Eder Elisabeth Augustin Bürozeiten: Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00-14.30 Uhr Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr</p>	<p><a href="http://www.ertug.eu">www.ertug.eu</a> AnsprechpartnerInnen: Thorsten Kästl Katja Reitmaier Maria von Stern Bürozeiten: Mo-Fr: 9.00-17.00 Uhr</p>

© Wikipedia

\*Verantwortlich im Sinne des deutschen Presserechts